

Kurzprotokoll der Aprilsession 2002

- [Übersicht](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Planungsvorlagen](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen, Anfragen und Einfache Anfragen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 22. und dem 23. April, fand unter dem Vorsitz von Yvonne Schärli, Ebikon, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Genehmigung zweier Dekrete, das eine über einen Sonderkredit für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Willisau, das andere über die externe Vergabe der Sterilgutaufbereitung für das Kantonsspital Luzern und das Kantonale Spital Sursee-Wolhusen. In 1. Beratung wurden Änderungen des Stimmrechtsgesetzes und damit zusammenhängende Gesetzesänderungen sowie eine Änderung der Geschäftsordnung für den Grossen Rat behandelt. Ferner setzte der Grosse Rat die Beratung über den Planungsbericht über die Ausländer- und Integrationspolitik fort und nahm ihn unter Überweisung von zwölf Bemerkungen zur Kenntnis. Im Weiteren genehmigte der Rat sowohl einen Bericht über die dritte Realisierungsphase des Informatikprojekts am Kantonsspital Luzern als auch die Gesamtabrechnung über dieses Informatikprojekt.

Der Grosse Rat wies drei Vorlagen ständigen Kommissionen zur Vorberatung zu und behandelte 17 parlamentarische Vorstösse, drei Petitionen und zwei Begnadigungsgesuche. Eröffnet wurde der Eingang von 35 parlamentarischen Vorstössen. Die für zwei Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für einen beschlossen und durchgeführt, für den andern abgelehnt.

Mit Ausnahme von sechs parlamentarischen Vorstössen konnten alle traktandierten Geschäfte behandelt werden.

Rechtsetzung

Änderung des Stimmrechtsgesetzes. Die Entwürfe von Änderungen des Stimmrechtsgesetzes und von damit zusammenhängenden Gesetzesänderungen sowie einer Änderung der Geschäftsordnung für den Grossen Rat gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 11. Dezember 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 2 vom 12. Januar 2002, S. 43) wurden in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission gutgeheissen. Die Revision des Stimmrechtsgesetzes beschränkt sich auf Anliegen, welche auf Gesetzesstufe realisiert werden können. Dazu gehören insbesondere Anpassungen an die eidgenössische und an die kantonale Gesetzgebung, Aufgabenzuteilungen an die Gemeinden, Verfahrensvereinfachungen bei der Ermittlung der Ergebnisse der brieflichen Stimmabgaben, die Abschaffung des Kreiswahlbüros und der Wanderurnen, die Neuordnung des Termins des zweiten Wahlgangs, die Trennung der Wahlzettel bei gleichzeitigen Mehrheits- und Verhältniswahlen sowie verschiedene Änderungen technischer Natur. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Albert Mattmann, Ebikon) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Planungsvorlagen

Planungsbericht über die Ausländer- und Integrationspolitik. Zum Planungsbericht über die Ausländer- und Integrationspolitik gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. August 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 38 vom 22. September 2001, S. 2443) (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Urs Thumm, Emmen) setzte der Grosse Rat seine in der Märzsession begonnene Beratung fort, welche er mit Kenntnisnahme und der Überweisung von zwölf Bemerkungen an den Regierungsrat abschloss (vgl. Luzerner Kantonsblatt Nr. 17 vom 27. April 2002, S. 1058f.). Mit der Vorlage unterbreitete der Regierungsrat dem Grossen Rat seinen Bericht und sein Leitbild für die Ausländer- und Integrationspolitik des Kantons Luzern vom 4. Januar 2000 unverändert als Planungsbericht. Dieser enthält einen detaillierten Bericht über Probleme und Chancen des Zusammenlebens mit Ausländerinnen und Ausländern und formuliert zwölf Leitsätze und zwölf Massnahmen für die Ausländer- und Integrationspolitik im Kanton Luzern. Im Anhang des Planungsberichts finden sich nebst Fakten und Zahlen über die ausländische Wohnbevölkerung im Kanton Luzern auch eine Zusammenstellung der völkerrechtlichen, nationalen und kantonalen Regelungen zur Ausländer- und Integrationspolitik sowie der Leistungsauftrag der Koordinationsstelle.

Finanzvorlagen

Erweiterungsbau der Kantonsschule Willisau. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für den Erweiterungsbau der Kantonsschule Willisau gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. Februar 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 13 vom 30. März 2002, S. 811) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rico De Bona, Littau) und mit 107 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Im Jahr 1995 beschloss der Grosse Rat den Ausbau der Kantonsschule Willisau zur Maturitätsschule. Seither ist die Kantonsschule Willisau stetig gewachsen. Die Raumprobleme mussten bis anhin mit dem Beizug verschiedener Gebäulichkeiten und Räume an dezentralen Standorten gelöst werden. Mit dem nun bewilligten Kredit im Betrag von 12,55 Millionen Franken soll auf dem Schlossfeld ein Neubau in Ergänzung zum bereits bestehenden Gebäude verwirklicht werden. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 17 vom 27. April 2002, S. 1056) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 26. Juni 2002.

Externe Vergabe der Sterilgutaufbereitung. Der Entwurf eines Dekrets über die externe Vergabe der Sterilgutaufbereitung für das Kantonsspital Luzern und das Kantonale Spital Sursee-Wolhusen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. Februar 2002 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 12 vom 23. März 2002, S. 747) wurde behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Urs Thumm, Emmen) und mit 81 gegen 15 Stimmen gutgeheissen. Die Sterilisationsabteilungen des Kantonsspitals Luzern und des Kantonalen Spitals Sursee-Wolhusen sollen künftig nicht mehr durch diese Spitäler selber betrieben werden. Stattdessen kaufen die Spitäler die entsprechenden Leistungen bei einem professionellen Anbieter ein. Gemäss dem beschlossenen Projekt vermietet das Kantonsspital Luzern der Firma SteriLog auf dem hauseigenen Areal ein Gebäude im Rohbau. Dort richtet diese Firma eine Zentralsterilisation ein. Für das Vorhaben sprach der Grosse Rat einen Kredit von insgesamt 14,4 Millionen Franken. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 17 vom 27. April 2002, S. 1057) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 26. Juni 2002.

Informatikprojekt am Kantonsspital. Der Bericht über die dritte Realisierungsphase des Informatikprojekts am Kantonsspital Luzern und der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Abrechnung über das Informatikprojekt am Kantonsspital Luzern gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. November 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 51/52 vom 29. Dezember 2001, S. 3244) wurden behandelt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und genehmigt. Der Bericht legt über die dritte Realisierungsphase des Informatikprojekts am Kantonsspital Luzern Rechenschaft ab. Das Gesamtprojekt, das sich über mehr als zehn Jahre erstreckte, konnte im Rahmen der bewilligten Kredite im Gesamtbetrag von 17,53 Millionen Franken abgeschlossen werden.

Motionen

Abgelehnt wurde die Motion M 539 von Ruedi Amrein, Malters, über die Aufnahme der Hellbühlstrasse in Malters ab Ausfahrt K1-10 bis Kreuzplatz Malters ins Kantonsstrassennetz.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Otto Elmiger, Hochdorf, über die Aufnahme der Umfahrung Hochdorf ins Strassenbauprogramm 2003 - 2006 (als Motion M 512 eingereicht),
- P 550 von Hans Peter Pfister, Eich, über den kreativen Spielraum in der Richtplanung,
- P 586 von Rico De Bona, Littau, über die Nichtzulassung von Firmen im Rahmen des öBG, die Schwarzarbeiter beschäftigen,
- P 552 von Marcel Johann, Kriens, über den Erfüllungsgrad des Regierungsprogramms 1999 - 2003 (Stand Halbzeit Legislatur).

Teilweise erheblich erklärt wurde das Postulat von Guerino Riva, Luzern, über ein Parkhaus Nord beim Kantonsspital Luzern (als Motion M 530 eingereicht).

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 296 von Peter Beutler, Meggen, über die Einführung des Gemeindestimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer,
- P 378 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Unfallversicherung in der Strafanstalt Wauwilermoos.

Interpellationen, Anfragen und Einfache Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen und Anfragen

- I 543 von Paula Giger, Luzern, über die Haltung der Regierung gegenüber den Sans-Papiers im Kanton Luzern,
- I 514 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Beiträge für die Expo.02 des Kantons Luzern,
- I 396 von Hans Lustenberger, Adligenswil, über die uneinbringlichen Krankenkassenprämien,
- I 542 von Paula Giger, Luzern, über die Vergabe von öffentlichen Arbeiten und Aufträgen,
- I 447 von Margrit Steinhauser, Luzern, über die Pläne der Polizeichefs in Sachen „mannstoppende Munition“,
- I 537 von Guido Graf, Pfaffnau, über das regionale Schulabkommen „Nordwestschweizer Kantone“ (Schulgeldbeiträge 2001),
- A 563 von Guido Graf, Pfaffnau, über die Integration des örtlichen Gewerbes und der Klein- und Mittelunternehmen bei der Erweiterung der Kantonsschule Willisau,
- A 562 von Guido Müller, Honau, über die Reorganisation des Zivilstandswesens,
- A 583 von Albert Vitali, Oberkirch, über die Regionalplanungsverbände.